

## Frauen arbeiten um fast zwei Monate mehr fürs selbe Geld

**Chancengleichheit** - Die EU stellt jedes Jahr unter ein bestimmtes Motto: Vergangenes Jahr war es das Jahr der europäischen Mobilität. Heuer geht es um Chancengleichheit. Beim Arbeits- und Sozialministerrat, der heute in Brüssel stattfindet, geht es wieder um einen altbekannten Tagesordnungspunkt: Um die nach wie vor schlechtere Bezahlung von Frauen gegenüber Männern. Es ist nicht davon auszugehen, dass dieser Punkt von den Ministern breit debattiert wird. Der jüngste Einkommensbericht mit Daten aus 2005 oder älter stammt vom Frühjahr 2006.

**Kampagne** Die Europäischen Sozialdemokraten (PES) haben genug von Absichtserklärungen und unregelmäßig erscheinenden Berichten. Sie haben eine Einrichtung der EU, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der EU untersucht (Eurofund for the Improvement of Living and Working Conditions) er sucht, die jüngsten Erhebungen zur Gehaltsschere zu untersuchen. Demnach müssen Frauen bis zum 22. Februar 2007 - eben heute - arbeiten, um jene Summe zu verdienen, die ein Mann im Jahr 2006 verdient hat. Eine Delegation wird EU-Sozial-

kommissar Vladimir Spidla dazu einen Besuch abstatten, EU-Abgeordnete werden mit Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften protestieren, eine gemeinsame Kampagne wird gestartet.

**Teilzeit** Im EU-Durchschnitt beträgt der Unterschied in der Bezahlung pro Stunde 15 Prozent. In Österreich liegt die Differenz laut Eurostat bei 18 Prozent. Deutschland schneidet mit 23 Prozent EU-weit am schlechtesten ab. Grund dafür ist unter anderem laut Eurofund die hohe Teilzeitquote: 70 bis 80 Prozent der in der EU beschäftigten Teilzeitbeschäftigten arbeiten in gering bezahlten Jobs, Frauen gleichermaßen wie Männer. Wer aber einmal mit Teilzeitarbeit beginnt, trägt ein hohes Risiko in gering bezahlte Lohnsegmente abzudriften, so Eurofund. Frauen sind davon massiver betroffen als Männer.

Die Sozialpartner alleine könnten das Problem nicht lösen, heißt es in der PES. Es gehe darum, dass das Thema nicht immer wieder von der Agenda verschwinde. Eine Möglichkeit: Ein fixer, jährlicher Bericht mit aktuellen Zahlen und dazu passenden Analysen.

- Patricia Haller, Brüssel